



Digitale Potenziale in Hessen

15 Bitkom Prioritäten zur Landtagswahl in Hessen

Herausgeber

Bitkom e. V.
Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartnerin

Sophie Vogt-Hohenlinde | Bitkom e. V.
T 030 27 576-147 | s.vogt-hohenlinde@bitkom.org

Layout

Katrin Krause | Bitkom e. V.

Titelbild

© fotobeam – stock.adobe.com

Copyright

Bitkom 2023

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Von digitaler Bildung bis Rechenzentren: Digitale Potenziale in Hessen

Hessen beherbergt den größten Internetknoten Europas. Ein Drittel aller deutschen Rechenzentrumskapazitäten befinden sich in Hessen. Hier schlägt gewissermaßen das »Herz der Digitalisierung«. Mit rund 120 000 Beschäftigten in der Informations- und Kommunikationstechnologie gehört das Land zu den großen Digitalstandorten in Deutschland.

Digitalisierung ist auch eine Priorität der Landesregierung: Der 2019 eingerichtete Bereich der hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung bündelt die ressortübergreifenden Digitalisierungsthemen in der Staatskanzlei. Mit der hessischen »Digitalmilliarde« wurde ein wirksamer Hebel geschaffen, um Digitalprojekte in der Landesregierung voranzutreiben.

Diese Ansätze müssen auch in der neuen Legislaturperiode weiterverfolgt und ausgebaut werden – es darf kein Flickenteppich der Zuständigkeiten entstehen. Vielmehr sollte der Bereich der Digitalministerin ausgebaut werden; zu einem echten Digitalministerium auf Landesebene. Wichtig ist, dass alle Ressorts in digitalpolitischen Fragen an einem Strang ziehen, dem Digitalministerium dabei eine führende Rolle zubilligen und schnell Ergebnisse liefern.

Grundsätzlich gilt: Der Staat ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen da. Also muss er – auch im Föderalismus – eine erfolgreiche Digitalisierung gewährleisten. Die Vielfalt der Lösungen ist etwa bei der Verwaltungsdigitalisierung oder im Datenschutz keine Stärke, sondern oftmals kontraproduktiv. Weil Deutschland gerade bei der Verwaltungsdigitalisierung alles andere als Vorreiter ist, braucht es in allen Ländern – auch in Hessen – mehr Kooperationsbereitschaft. Wir begrüßen daher, dass sich Hessen gemeinsam mit anderen Ländern für eine Stärkung des Digitalministerstreffens (D16) einsetzt und diese zu einer echten Fachministerkonferenz mit entsprechenden Kompetenzen aufgewertet wird.

Im Digitalen endlich aus dem Mittelmaß herauszukommen, den Anspruch zu haben, Technologieführer zu sein – das ist kein Selbstzweck. Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen und viele Bereiche der Gesellschaft müssen digital besser aufgestellt werden, um für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein. Länder wie Hessen können dabei zu digitalen Leitregionen werden, in denen sich die Landesregierung für eine echte digitale Zeitenwende einsetzt. Die kommende Landesregierung muss jetzt die richtigen digitalpolitischen Weichen stellen: Wie und mit welchen Maßnahmen bauen wir Hessen als starken Digitalstandort weiter aus? Dazu schlagen wir im Folgenden 15 digitalpolitische Schwerpunkte für das Land vor: Von digitaler Bildung über IT-Fachkräfte und Startup-Förderung bis hin zu einer wettbewerbsfähigen digitalen Infrastruktur – es gibt viel zu tun für ein digitales Hessen.

Fünfzehn Prioritäten für ein digitales Hessen

1. Hessen als nachhaltigen Rechenzentrumsstandort stärken

Rechenzentren sind für die Digitalisierung und die digitale Souveränität in Deutschland unerlässlich. Hessen nimmt hier eine besondere Rolle ein: Das Frankfurt/Rhein-Main-Gebiet ist der bedeutendste Standort für Rechenzentren in Europa mit einem der größten Internetknoten der Welt (DE-CIX). Diese Führungsposition gilt es auszubauen. Hierfür spielen die Verfügbarkeit von geeigneten Ansiedlungsflächen mit ausreichender Stromanbindung und zügige Genehmigungsverfahren eine entscheidende Rolle. Die Nutzung von Abwärme kann durch eine bessere Verzahnung mit kommunalen Wärmenetzbetreibern in sinnvollen Projekten umgesetzt werden. Die Einführung eines Rechenzentrumsbüros und die für größere Kommunen verpflichtende Wärmeplanung waren hierbei wichtige erste Schritte. Bei letzterer muss jetzt von Beginn an das Potenzial der Abwärmenutzung aus Rechenzentren mitgedacht werden. Da trotz guter Voraussetzungen in Hessen, der Standort durch Vorgaben auf Bundesebene gefährdet ist, muss sich hier einheitlich für den Standort positioniert werden. Die Klimaziele können nur erreicht werden, wenn Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

2. Booster für die digitale Bildung

Die in der Digitalstrategie Hessens forcierte Lebensphasen-übergreifende, digitale Lernkultur gilt es, umzusetzen. Hier kann Hessen bundesweit vorangehen und ein Recht auf digitale Bildung gesetzlich verankern. Die medienpädagogische und technische Ausstattung in frühkindlichen Bildungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen sollte mit Tempo ausgebaut und die relevanten Kompetenzen von Fach- und Fortbildungskräften gestärkt werden. Den Mittelabfluss aus dem DigitalPakt Schule (derzeit 17,4 Prozent) gilt es, zu beschleunigen – etwa durch die Identifizierung und Beseitigung bürokratischer und praktischer Hemmnisse in der Beantragung der Fördergelder in Abstimmung mit den Kommunen und Schulträgern. Die Verhandlungen über einen Digitalpakt 2.0 mit erweitertem Förderrahmen und dessen Einbettung in die hessische Förderlandschaft müssen gleichzeitig priorisiert und mit Tempo vorangetrieben werden. Für Schulen und Schulträger drohen ohne die versprochene Anschlussfinanzierung finanzielle Unsicherheit und erneuter Stillstand für die digitale Bildung. Zudem sollte Hessen seine zentrale Rolle nutzen, um sich für eine nachhaltige Nutzung der zur Verfügung stehenden Fördermittel einzusetzen, z. B. durch die Einführung bundesweit einheitlicher Mindeststandards technischer Natur. Hessen darf im Bereich Informatik außerdem nicht weiter den Anschluss zu anderen

Bundesländern verlieren. Das neue Unterrichtsfach »Digitale Welt« könnte eine Blaupause für eine bundesweite Neugestaltung des Informatikunterrichts werden, aber nur, wenn ein landesweiter Rollout, Konzepte zur Qualifizierung von Lehrkräften und die baldige Einführung eines Pflichtfachs ab Sekundarstufe I umgesetzt werden. Mit der Errichtung eines separaten Hochschulpakts hat Hessen außerdem ein bundesweites Novum geschaffen. Digitalisierung sollte darin als zentrales Querschnittsthema (z. B. auch zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen) im Hochschulpakt verankert und als verpflichtendes Modul in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aufgenommen werden.

3. Digitale Infrastruktur zielgerichtet ausbauen

Eine starke digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für Hessens Wirtschaft und gleichwertige Lebensverhältnisse im Land. Um die Potenziale der Digitalisierung zu heben, sind leistungsstarke Netze im Mobilfunk und Festnetz erforderlich. Das Land Hessen hat in den vergangenen Jahren Fortschritte beim Breitband- und Mobilfunkausbau erzielt und hierbei großes Engagement gezeigt. Hervorzuheben sind die umgesetzten Änderungen der hessischen Bauordnung zur Beschleunigung des Mobilfunkausbaus und die Entwicklung des Online-Zugangsgesetz-Breitbandportals als ein entscheidender Beitrag auf dem Weg zu vollständig digitalen Antrags- und Genehmigungsverfahren. Es bestehen aber weitere Beschleunigungspotenziale, wie die Einführung einer Genehmigungs- und Vollständigkeitsfiktion für den Bau von Telekommunikationsanlagen in der Landesbauordnung. Entscheidend für einen effizienten Ausbau glasfaserbasierter Netze ist zudem, dass die Fördermaßnahmen nicht in Konkurrenz zum privatwirtschaftlichen Ausbau treten. Staatliche Hilfen müssen sich auf jene Gebiete beschränken, für die mittel- bis langfristig kein privatwirtschaftliches Erschließungspotenzial besteht.

4. Smart City & Smart Regions skalieren

Zur Stärkung der hessischen Smart City & Smart Region Angebote sollten insbesondere kleine Gemeinden und ländliche Regionen unterstützt werden. Das Förderprogramm »Starke Heimat« sollte daher neben der Förderung von Innovation besonders die Replizierbarkeit von digitalen Lösungen durch nicht-geförderte Kommunen berücksichtigen. Der Smart Region Hub in Bad Hersfeld ist dafür ein weiterer relevanter Baustein. Mit der Geschäftsstelle »Smarte Region Hessen« gibt es zahlreiche Angebote für Kommunen und Landkreise. Dazu zählen Förderprogramme, die Best-Practices Datenbank, der Digi-Check oder der virtuellen Marktplatz. Diese agieren jedoch in einem System aus parallellaufenden Angeboten von Bund und Land. Die Landesregierung sollte daher eine enge Kooperation mit den Smart City-Initiativen des Bundes und anderer Bundesländer eingehen, um Synergien und gemeinsame Erfahrungen von Angeboten zu nutzen und zu bündeln.

5. Startup-State Hessen: Aus Einhörnern Global Player machen

Startup-State Hessen weiter fördern: Wir begrüßen, dass Startups in der hessischen Politik einen hohen Stellenwert genießen. Dies spiegelt sich im umfangreichen Whitepaper zum Startup-Ökosystem in Hessen wider, welches Ende 2022 vorgestellt wurde. Das einzigartige Ökosystem aus real- und finanzwirtschaftlichen Unternehmen ist zudem ein Standortfaktor mit Strahlkraft. Trotzdem gibt es in Hessen nur ein Unicorn. Es gilt daher, die festgehaltenen Maßnahmen schnell umzusetzen. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die hessische Landesregierung Startups vor allem vermehrt in ihrer Wachstumsphase unterstützen. Nur so kann Hessen mit den beiden deutschen Gründungshotspots Berlin und Bayern mithalten. Zentral sind hierfür u. a. die Stärkung Hessens als Anziehungspunkt für internationale Talente, sowie die Mobilisierung von privatem Wagniskapital durch eine adäquate Ausstattung landeseigener Investmentfonds wie dem Futury Regional Investment Fond.

6. Resiliente Verwaltung dank digitaler Technologien

Mit der Strategie »Digitale Verwaltung Hessen 4.0« und der Novellierung des E-Government-Gesetzes wurden wichtige Impulse für die Modernisierung der Verwaltung gesetzt. Mit dem Verwaltungsportal Hessen wurde ein Onlinezugang zu Informationen und digitalen Verwaltungsservices geschaffen, allerdings stehen auch in Hessen viele Leistungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) noch nicht flächendeckend zur Verfügung. Der Weg zu einem resilienten und zukunftsfähigen Staat ist mit der Bereitstellung außerdem nicht zu Ende: Der Wandel muss tiefer gehen und Verwaltungsprozesse müssen grundlegend neu gedacht und ausgerichtet werden. Dabei sollten auch neue Technologien wie künstliche Intelligenz (KI) und Blockchain-Anwendungen Berücksichtigung finden. Die verwaltungsinterne Prozessdigitalisierung muss schneller voranschreiten – auf der Basis von Referenzarchitekturen, Standards und offenen Schnittstellen, um die Interoperabilität von Lösungen zu ermöglichen. Ein offener Austausch zwischen den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen, der digitalen Wirtschaft und Verbrauchervertretern ist dabei ein zentraler Erfolgsfaktor. Im Rahmen der Nachfolgeregelung eines Onlinezugangsgesetzes 2.0 brauchen wir zudem einen Rechtsanspruch auf zentrale digitale Verwaltungsleistungen – auch auf Landesebene. Digitale Identitäten ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen, sicheren und nutzerfreundlichen Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen. Lösungen wie der digitale Personalausweis (»Online-Ausweis«), der als Smart eID künftig voll digitalisiert zur Verfügung stehen wird, sind ein wesentlicher Schlüssel für die Digitalisierung der Verwaltung und entlasten auch die kommunale Ebene bei der Bereitstellung von digitalen Verwaltungsdienstleistungen. Daher sollte Hessen bei der Weiterentwicklung der Strategie »Digitale Verwaltung Hessen 4.0« auch verstärkt auf sichere digitale Identitäten setzen. Darüber hinaus sollte sich Hessen insbesondere bei standardisierten Dienstleistungen wie der Kfz-Zulassung dafür einsetzen, dass diese im

Sinne der »Dresdner Forderungen« künftig vom Bund bereitgestellt und betrieben werden. Die Kommunen, die die Hauptlast der Digitalisierung tragen, können sich dann auf die Verwaltungsprozesse konzentrieren, bei denen lokales Know-how gefragt ist, wie z. B. Baugenehmigungen. Generell muss die kommunale Ebene beim Rollout der OZG-Leistungen und bei der Digitalisierung ihrer internen Prozesse stärker unterstützt werden, auch finanziell.

7. GovTech-Lösungen für digitale Ämter nutzen

69 Prozent aller Startups in Deutschland bemühen sich aufgrund der Komplexität nicht um öffentliche Aufträge. Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an innovative Startups und Scaleups kann jedoch ein wichtiger Hebel sein, um Verwaltung und Kommunen weiter zu digitalisieren und gleichzeitig junge Unternehmen in ihrer Wachstumsphase zu unterstützen. Es gilt die Vergabeordnung des Landes so anzupassen, dass Startups unkompliziert mit dem öffentlichen Sektor zusammenarbeiten können. Mit der Agentur GovTehHH geht Hamburg bereits einen Schritt weiter. Die Stadt betreibt eine Anlaufstelle für Startups, die mit der öffentlichen Hand zusammenarbeiten wollen und löst neuartige Problemstellungen explizit mit Startup-Lösungen. Ein ähnliches Modell ist auch für Hessen denkbar.

8. Ab in die Cloud: Nutzung in der Verwaltung steigern

Krisen wie die Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Verwaltungen jederzeit einen sicheren, mobilen und leistungsfähigen Zugang zu Daten und Verwaltungsdienstleistungen gewährleisten können. Eine zunehmend digitale Verwaltung ist auf eine zuverlässige und moderne IT-Infrastruktur angewiesen. Ein zentraler Vorteil von Cloud-Technologien ist die dezentrale und sichere Datenhaltung. Darüber hinaus ist die Nutzung von Cloud-Lösungen durch die Verwaltung eine Grundvoraussetzung, um softwarebasierte Innovationen im öffentlichen Sektor schnell nutzbar zu machen. Dadurch lässt sich das lokale GovTech-Ökosystem in Hessen fördern. Dabei bedarf es klarer und transparenter Kriterien für die Einbindung privater Anbieter beim Aufbau einer souveränen Verwaltungscloud im Sinne eines Multi-Cloud-Ansatzes. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Behörden zwischen verschiedenen Anbietern von Cloud-Lösungen wechseln können, um ungewollte Abhängigkeiten zu vermeiden (Multi-Anbieter-Cloud). Die Verwaltung muss für sich klar definieren, unter welchen Bedingungen Daten in die Cloud migriert werden können und welche Schutzniveaus für die einzelnen Datenkategorien gelten. Die hoheitliche Verwaltungscloud kann dabei die Koexistenz und Zusammenarbeit über Ressortgrenzen und föderale Ebenen hinweg ermöglichen. Außerdem müssen für die Verwaltung und die Anbieterseite sinnvolle Beschaffungswege definiert werden, die Vergaberecht und Nutzbarkeit angemessen verbinden.

9. New Mobility in Hessen fördern

Durch dichte Straßen-, Schienen- und Flugnetze ist Hessen bereits heute ein attraktiver Knotenpunkt für Mobilitätsangebote und Logistikdienstleistungen. Um diesen Standortvorteil auch in Zukunft ausspielen zu können, muss Hessen die bestehende Verkehrsinfrastruktur verstärkt digitalisieren und die Nutzung von neuen Mobilitätsangeboten verkehrsträgerübergreifend fördern. Ein Beispiel: Bei der autonomen Mobilität könnte es dem Land gelingen, eine Vorreiterrolle einzunehmen. So werden am Frankfurter Flughafen bereits autonome Fahrzeuge in der Abfertigung getestet. Zudem steht in der Rhein-Main Region eine der ersten Umsetzungen des Level-4 Gesetzes in den Startlöchern. Zu einem richtigen Vorreiter wird Hessen allerdings erst, wenn die Landesregierung durch schnelle Genehmigungsprozesse und eine bedarfsgerechte Förderung dazu beiträgt, erste Pilotprojekte im Realbetrieb zu verstetigen. Um eine deutschlandweite Fragmentierung zu verhindern, sollte Hessen die gewonnenen Erfahrungen bei der Genehmigung von Betriebsbereichen nutzen, um sich für ein koordiniertes Vorgehen mit anderen Bundesländern einzusetzen. Abseits autonomer Mobilität gilt es, im gesamten Bundesland verstärkt auf Sharing und on demand Mobilität zu setzen. Hier hat die neue Landesregierung die Chance, einen starken ÖPNV als Rückgrat der Mobilitätswende durch flexible Angebote privater Anbieter zu ergänzen, indem diese in öffentlichen Planungs-, Ausschreibungs- und Vertriebsprozessen mitgedacht werden.

10. KI: Made in Hessen

Mit der Initiative »KI made in Hessen« wurde deutlich gemacht, welcher Bedeutung der Technologie im Bundesland eingeräumt wird und dass ihre Potenziale für alle Bereiche erkannt wurden. Die damit verbundenen Aktivitäten in der Forschung (z. B. hessian.AI), aber auch der Förderung des Transfers in die Praxis (z. B. durch das Gründungs- und Transferzentrum) sollten fortgeführt werden. Insbesondere letzteres gilt es regelmäßig im Austausch mit Unternehmen weiterzuentwickeln, um die Bedarfe der Wirtschaft bestmöglich zu adressieren. Mit dem AI Quality & Testing Hub wird bereits Vorarbeit für die kommende europäische KI-Verordnung geleistet. Diese schreibt Regeln für den Einsatz bestimmter KI-Systeme vor. Hier ist es zentral, dass schnell die notwendigen Strukturen geschaffen werden, um Unternehmen bereits jetzt Unterstützung in der Vorbereitung auf die Regulierung zu geben. Der Rechtsunsicherheit sollte so mit etablierten Prozessen und fachlicher Expertise begegnet werden, um die Entwicklung von »KI made in Hessen« im Einklang mit den regulatorischen Vorgaben zu fördern.

11. Digitale, zukunftsfähige Weiterbildung ausbauen

Die geplante Teilstrategie »Digitale Kompetenzen« zur Zukunft der beruflichen Weiterbildung in Hessen gilt es schnellstmöglich zu finalisieren und umzusetzen. Der bereits vorhandene »Digi-Check« zum Überprüfen der eigenen Digitalkompetenzen und Identifizieren passgenauer Weiterbildungsangebote für Bürgerinnen und Bürger ist hierbei eine wichtige Maßnahme. Auf dem

»DigiCheck« sollte aufgebaut werden und in der Weiterentwicklung ein besonderes Augenmerk auf die Sichtbarkeit der Maßnahmen und ihrer Verankerung in der gesellschaftlichen Breite gelegt werden. Dabei ist es wichtig, dass mit den Angeboten auch Menschen erreicht werden, die sich nicht in der Ausbildung oder in einem mit Weiterbildungsangeboten verbundenen Arbeitsverhältnis befinden. Außerdem sollte der Quereinstieg in digitale Berufe gezielt gefördert werden. Der »DigiCheck« sollte zusätzlich um die Zielgruppe der Arbeitgeber erweitert werden. Nur so kann das Potenzial für mehr Transparenz bei bestehenden Fördermöglichkeiten, Angeboten und deren Wirkungsgrad strategisch genutzt werden.

12. Potenziale von Open Data für die digitale Gesellschaft nutzen

Open Data, also die Bereitstellung frei zugänglicher Daten, kann die Effizienz der Verwaltung steigern, politische Entscheidungsprozesse verbessern und gleichzeitig ökonomische, ökologische und soziale Innovationen sowie gesellschaftliche Teilhabe fördern. Die hessische Landesregierung sollte daher die systematische Erfassung, Aufbereitung und Veröffentlichung von Regierungs- und Verwaltungsdaten in maschinenlesbarer Form aktiv vorantreiben. Dazu gehört eine technische Infrastruktur, die eine standardisierte und interoperable Bereitstellung auf Basis einheitlicher Datenstandards ermöglicht. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Organisationen sollten ein explizites Recht auf die Nutzung von Verwaltungsdaten erhalten und im Zweifelsfall die Bereitstellung einklagen können. Auch eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft fördert eine innovative Datenkultur: Bildungsangebote und die Unterstützung von Open-Data-Initiativen stärken die Datenkompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Open Data ist auch eine Grundlage für das Training spezifischer KIs und darauf basierender Anwendungen.

13. Alle mitnehmen: Digitale Teilhabe sicherstellen

Die gleichberechtigte Teilhabe an der Digitalisierung sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig bieten digitale Technologien die Chance auf mehr politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Alle Menschen in Hessen sollen sich daher sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen können. Dazu bedarf es vielfältiger und niedrigschwelliger Maßnahmen für alle Bevölkerungsgruppen, vom Kita-Kind bis zu den Seniorinnen und Senioren. Diese Maßnahmen sollen von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv genutzt werden können. Hessen ist mit seiner breiten Palette an Angeboten zur digitalen Teilhabe bereits gut aufgestellt. Nun gilt es, Projekte wie »Digital im Alter – Di@-Lotsen« zu verstetigen, langfristig zu finanzieren und ihre Sichtbarkeit in der Breite der Gesellschaft zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist auch die Partnerschaft Hessens im DigitalPakt Alter zu begrüßen, um die Angebote zur digitalen Teilhabe noch bekannter zu machen. Um den Übergang zu einer vollständig digitalen Verwaltung zu erleichtern, sollten zudem speziell geschulte Verwaltungsmitarbeiter als »digitale Streetworker« digital weniger versierte Menschen bei digitalen Behördengängen unterstützen.

14. Hessische Sicherheitsbehörden digital zukunftsfest aufstellen

Angriffe auf den Cyberraum nehmen zu, sowohl durch Kriminelle als auch durch staatlich gesteuerte Akteure aus dem Ausland. Auch die Digitalisierung der Sicherheitsbehörden selbst beeinflusst zunehmend die operative und strategische Arbeit. Eine neue Anforderung ist zum Beispiel die strategische Vorausschau auf Trends und Technologien wie KI oder Blockchain in den Behörden. Umso wichtiger ist der Schulterschluss zwischen Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Wissenschaft und ein Kulturwandel zur Etablierung eines digitalen Mindsets und Verständnis für IT-Sicherheit. Dies sind Grundlagen für Digitalisierung auf allen Ebenen. Die Landesregierung muss daher insbesondere in die Weiterbildung und Qualifizierung der Mitarbeitenden in den Sicherheitsbehörden investieren und die Voraussetzungen für lebenslanges und informelles Lernen schaffen. Neben der Förderung digitaler Kompetenzen in den Sicherheitsbehörden ist auf struktureller Ebene eine stärkere länderübergreifende Koordination, einschließlich eines intensiveren Informationsaustausches notwendig. Es ist daher zu begrüßen, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut und die Zusammenarbeit mit Ländern wie Hessen institutionalisiert werden soll. Kleinstaaterei im Kampf gegen international koordinierte und durchgeführte Cyberangriffe ist nicht länger tolerierbar.

15. IT-Fachkräfte nach Hessen holen

Bundesweit blieben 2022 insgesamt 137 000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt. Das Personal der Zukunft muss sowohl mit inländischer als auch ausländischer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gesichert werden. Die Attraktivität Hessens als Zuwanderungsland für IT-Fachkräfte muss weiter gesteigert werden: Neben der Absenkung der Anforderungen für qualifizierte Zuwanderung ist der Abbau formaler und bürokratischer Hürden dringend notwendig. Zu komplizierte Zuwanderungsverfahren konterkarieren ein effektives Standortmarketing. Insbesondere die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist mit Inkrafttreten des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes unabdingbar, um Prozesse zu beschleunigen. Dieses erfordert darüber hinaus eine gestärkte Willkommenskultur. Die IQ-Servicestelle Fachkräfteeinwanderung des IQ-Netzwerks Hessen ist ein wichtiges Instrument für die aktive Ansprache von Fachkräften aus dem Ausland. Eine Erweiterung des Angebots auf die Fachkräfte selbst schafft einen gesicherteren Informationsfluss in der komplexen Einwanderungslandschaft und steigert das Matching-Potenzial zwischen Unternehmen und Fachkräften. Dies gilt ebenso für Unterstützungsmaßnahmen zur vereinfachten Integration, z. B. durch Sprachkurseangebote und Mentorenprogramme, die von der Verwaltung gesteuert werden. So werden Fachkräfte und kleine- und mittelständische Unternehmen gleichermaßen unterstützt und eine Willkommenskultur geschaffen.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Bitkom e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org

[bitkom.org](https://www.bitkom.org)

bitkom